

Jürgen Scharnhorst (Berlin)
Stellvertr. Vorsitzender des VFsS

Nachwort zur Tagung "Sprachenpolitik in Europa"

Wir sind nicht die Ersten, die sich mit dem Thema "Sprachenpolitik in Europa" beschäftigen. Bereits im September 1990 stellte die Gesellschaft für Angewandte Sprachwissenschaft ihren Jahreskongress in Bonn, an dem erstmals zahlreiche Fachkollegen aus der DDR teilnahmen, unter das Thema "Ein Europa - viele Sprachen". Im Themenbereich "Europäische Sprachenpolitik" sprach hier z.B. Herbert Christ (Gießen) zur "Sprachenpolitik der Europäischen Gemeinschaft als politisches und ideologisches Problem". Im Podiumsgespräch "Wissenschaftssprachen in Europa" ging es um die Stellung des Deutschen sowie die Ursachen und Konsequenzen seiner Verdrängung durch das Englische als Wissenschaftssprache (vgl. Mattheier 1991)⁵³.

Nachdem durch die Vereinigung Deutschlands und den vorgesehenen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sich abzeichnete, dass das Gewicht des Deutschen mit etwa 90 Millionen Muttersprachlern innerhalb der EU erheblich zunehmen würde, begann mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ein verstärktes Nachdenken über die Richtung europäischer Sprachenpolitik. Wenn verantwortungsvolles Handeln mit dem Ziel eines geeinten, friedlichen und mehrsprachigen Europa angestrebt werden sollte, so musste man sich um eine auf bewusster Kooperation basierende einvernehmliche Sprachenpolitik nicht nur aller EU-Mitgliedsländer, sondern auch der anderen im Europarat vertretenen Staaten bemühen. Dass diesem anspruchsvollen Ziel nur schrittweise und in einem längeren Prozess näher zu kommen ist, dürfte jedem Sachkundigen selbstverständlich sein. Nachgedacht und diskutiert wird darüber in vielen Ländern Europas; hier kann aus Raumgründen aber nur von Aktivitäten im deutschen Sprachraum die Rede sein. Durch das Folgende soll der Aspektreichtum des Themas angedeutet werden.

Am Beginn einer Reihe von Tagungen und Symposien in der um die neuen Länder erweiterten Bundesrepublik stand unter dem Titel "Deutsch als Verkehrssprache in Europa" die Jahrestagung 1992 des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim (Born/Stickel [Hrsg.] 1993). In den Vorträgen wurden bereits wichtige Themen angesprochen: "Empirische Untersuchungen zur Stellung der deutschen Sprache in Europa in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik" (Ulrich

⁵³ In diesem Aufsatz wird aus der Auswahlbibliographie im Anhang (ab S. 114) zitiert.

Ammon); "Deutsch als Amts- und Arbeitssprache in der Europäischen Gemeinschaft" (Michael Burkert); "Deutsch im Übersetzeralltag der EG-Kommission" (Walter Volz); "Deutsche Kulturpolitik und Ziele der Sprachförderung" (Horst Schirmer); "Prolegomena zu einer künftigen Fremdsprachenvermittlung" (Theodor Berchem); "Die Amtssprachen der Schweiz - Anspruch und Wirklichkeit" (Werner Hauck). In einem Themenblock wurde die Stellung des Deutschen in verschiedenen Ländern Europas behandelt, so in Spanien, in Ungarn, in Frankreich sowie in der Russischen Föderation. Auch das Goethe-Institut als die für den Deutschunterricht im Ausland zuständige Institution kam zu Wort.

Während sich die Mannheimer Tagung thematisch auf das Deutsche (im In- und Ausland) konzentrierte, war die Konferenz, die der Verein zur Förderung sprachwissenschaftlicher Studien im Oktober 1993 in Berlin ausrichtete, der "Sprachsituation und Sprachkultur im internationalen Vergleich" und damit den aktuellen Sprachproblemen europäischer Sprachen und Länder gewidmet, wobei die Aufmerksamkeit insbesondere den "kleineren" Sprachen Mittel- und Osteuropas galt (vgl. Scharnhorst [Hrsg.] 1995). Sprachsituation wird dabei makrosoziolinguistisch verstanden als die allgemeine gesellschaftliche Lage, in der sich die Sprache in einem bestimmten Land oder Territorium während eines bestimmten Zeitabschnitts unter gegebenen politischen, sozialen, ökonomischen und insbesondere kulturellen Verhältnissen befindet. Zu beachten ist dabei, dass der Begriff Sprachsituation zwar in erster Linie synchronische Beziehungen reflektiert, jedoch auch eine diachronische Dimension enthält, wenn nämlich gefragt wird, wie sich die Sprache eines bestimmten Zeitabschnitts zu derjenigen des vorhergehenden oder folgenden Zeitabschnitts verhält. Beim Vergleich von Sprachsituationen wird gewöhnlich als dominierendes Merkmal der Gebrauch einer oder mehrerer "selbständiger Sprachen" angeführt. Daneben spielen aber auch solche Gesichtspunkte wie Sprachschichten, Funktionalstile, Realisationsweisen, Normen, Kommunikationsbereiche und Soziolekte eine Rolle. Auch das sozialpsychologische Prestige, das die selbständigen Sprachen und bestimmte Varietäten genießen, kann ein relevantes Merkmal zur Charakterisierung einer Sprachsituation sein. Stellt die Analyse von Sprachsituationen im Wesentlichen eine Zustandsbeschreibung, also die Beschreibung des Faktischen dar, so ergeben sich daraus aber bereits die Ansatzpunkte für Sprachenpolitik, nämlich dort, wo sprachliche Konfliktsituationen bestehen oder sich andeuten. Die auf der Tagung gehaltenen Vorträge beschäftigten sich mit so unterschiedlichen Sprachverhältnissen, wie sie in Dänemark, der Schweiz, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, in Russland und im ehemaligen Jugoslawien zu

beobachten sind. Am Beispiel des Lettischen, des Ungarischen und des Sorbischen wurden die gegenwärtigen Probleme der Sprachkultur erörtert. Ein Podiumsgespräch beschäftigte sich mit der einmaligen Sprachsituation in Berlin, dessen beide Stadthälften nach fast 30jähriger Trennung wieder in direkte Kommunikation getreten sind. Die multilinguale Sprachsituation dieser Stadt gibt die Möglichkeit, die europäischen Sprachprobleme en miniature zu studieren.

Ähnlich akzentuiert war eine Tagung, die einen Monat später an der Universität Wien stattfand und "Sprachenpolitik in Mittel- und Osteuropa" zum Thema hatte. Die Veranstalter geben folgendes Resümee: "Obwohl die Tagung auf den ost- und mitteleuropäischen Bereich fokussiert war, ging es in den meisten Diskussionen in erster Linie um die Rolle der großen Sprachen, vor allem um die von Englisch und Deutsch, weniger um Französisch und Russisch, war zumindest das Plenargeschehen westeuropazentriert. Das Thema Reziprozität, d.h. inwiefern die kleinen osteuropäischen Sprachen von Muttersprachlern der großen Sprachen gelernt werden, kam etwas zu kurz. Als allgemeine sprachenpolitische Linie wurde von fast allen TeilnehmerInnen die einer möglichst großen Diversifizierung, eines möglichst großen Sprachenpluralismus vertreten." (Wodak/de Cillia [Hg.] 1995, S. 12)

Unter dem Titel "Die Auswärtige Kulturpolitik Deutschlands. Das Deutsche in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Heutiger Stand und künftige Perspektiven" setzte dann der Fachbereich Deutsch als Fremdsprache der Universität Bamberg unter Leitung von Helmut Glück die Reihe der Tagungen im Sommer 1995 fort. Im Zentrum stand die Stellung der deutschen Sprache in Mittel- und Osteuropa und die Frage, wie man im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik die deutsche Sprache in diesen Ländern am besten vermitteln könne. Im Oktober des gleichen Jahres schloss sich eine vom Lessing-Kolleg in Marburg durchgeführte Tagung an, die auf der Grundlage der bisherigen Analysen stärker zur Diskussion von Konzeptionen über die Zukunft der deutschen Sprachpolitik in einem veränderten und sich verändernden Europa überleiten sollte. Die Materialien beider Tagungen sind vom Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart unter dem Titel "Sprachenpolitik in Europa - Sprachenpolitik für Europa" (1996) herausgegeben worden.

Auf den beiden folgenden Tagungen stand dann das Thema der europäischen Sprachkultur auf der Tagesordnung, wobei aber auch auf die Sprachenpolitik neues Licht fiel. Zunächst lud die Universität Regensburg im Oktober 1996 zu einem Kolloquium ein (vgl. Greule/Lebsanft [Hrsg.]

1998), und im Oktober 1997 fand auf Initiative des Vereins zur Förderung sprachwissenschaftlicher Studien an der Humboldt-Universität eine Konferenz statt zum Thema "Sprachkultur und Sprachgeschichte. Herausbildung und Förderung von Sprachbewußtsein und wissenschaftlicher Sprachpflege in Europa" (vgl. Scharnhorst [Hrsg.] 1999). Die Konzeption, die der Berliner Tagung zugrunde lag, war eine Fortführung der Auffassungen, wie sie in dem Grundsatzvortrag "Sprachsituation und Sprachkultur als Forschungsgegenstand" (Scharnhorst 1995) dargelegt worden waren, wobei auf der 1997er Tagung stärker die historische Dimension hervortrat. Alle drei Tagungen - die beiden Berliner und die Regensburger - , die sich konzeptionell sehr nahe standen, beleuchteten komplementär den Stand der Sprachkultur und damit wesentliche Momente der Sprachsituation in vielen Ländern Europas, woraus sich teilweise auch sprachpolitische Folgerungen ergaben. Neben dem Deutschen wurden - über die Sprachen hinaus, über die bereits auf der Berliner Tagung von 1993 gesprochen worden war - behandelt z.B. das Englische, Finnische, Französische, Griechische, Isländische, Rumänische, Italienische, Niederländische, das Polnische, Russische, Schwedische, Slowakische und Spanische. So wurde der Blick auf die Sprachenvielfalt Europas gelenkt, wenn dabei auch keineswegs alle Sprachen und Länder erfasst wurden.

Eine Veranstaltung im Januar 1998 im Rahmen der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften in Leipzig brachte einen wichtigen Beitrag von Peter Hans Nelde (Brüssel) über die "Perspektiven einer europäischen Sprachenpolitik". Der Referent, der langjährige Erfahrungen in der Mehrsprachigkeitsforschung und in der Kontaktlinguistik mit einer genauen Kenntnis der komplizierten belgischen Sprachsituation verbindet und dem sein Arbeitsort am Sitz der zentralen EU-Behörden zustatten kommt, gliedert Europa vereinfachend und der Übersichtlichkeit halber in drei Zonen: "In Gesamteuropa spricht man mehr als 100 Sprachen (Europa I); in der Europäischen Union werden neben den elf Amts- und Arbeitssprachen noch ca. 45 Minderheitssprachen gesprochen, also insgesamt mindestens 56 autochthone Sprachen (Europa II); nach der voraussichtlichen Erweiterung in Richtung Osten und Südosten wird die EU vermutlich mehr als 70 autochthone Amts- und Minderheitssprachen umfassen (Europa III)." Und er fährt fort: "Wenn überhaupt, dann kann ein solches unübersichtliches Knäuel von Sprachen und Kulturen, bei dessen zahlenmäßiger Schätzung die millionenstarken allochthonen Gruppen für diesen Fall unberücksichtigt bleiben, nur von einer ausgereiften Sprachenplanung und Sprachenpolitik administrativ bewältigt werden." (Nelde 1999, S. 38)

Im Sommersemester 1998 organisierte die Geisteswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck eine Ringvorlesung zum Thema "Sprachen in Europa", deren Beiträge wegen der guten Resonanz, die sie bei Studenten und externen Hörern gefunden hatte, in erweiterter Form als Buch veröffentlicht wurden (Ohnheiser/Kienpointer/Kalb [Hrsg.] 1999). Der umfangreiche Band mit dem Untertitel "Sprachsituation und Sprachpolitik in europäischen Ländern" ist zwar österreichzentriert, bietet aber insgesamt einen guten Überblick über die Sprachverhältnisse der meisten europäischen Regionen und kann deshalb allen empfohlen werden, die sich einen Überblick verschaffen wollen.

Aus einer Tagung des Deutschen Germanistenverbandes (DGV) und der Evangelischen Akademie Tutzing im Sommer 1999 zum "Euro-Deutsch" sind die "Tutzinger Thesen zur Sprachenpolitik in Europa" hervorgegangen, die von Hartmut Kugler, dem Vorsitzenden des DGV, mit einem offenen Brief dem Bundeskanzler übersandt wurden. Darin heißt es: "Für die Wahrung deutscher Interessen in der europäischen Sprachenpolitik wird es gewiß keinen Sonderweg geben. Deshalb möchte ich Sie für die Initiative zur Einrichtung einer europäischen Sprachenkonferenz gewinnen. Diese Konferenz hätte die Aufgabe, eine Sprachencharta auszuarbeiten, in der die Grundsätze der Sprachenpraxis im europäischen Mehrsprachenraum niedergelegt wären. Für eine Sprachencharta besteht Dringlichkeit. Denn die gegenwärtige unregelmäßige Praxis privilegiert de facto einseitig und ausschließlich das Englische und daneben, mit weitem Abstand, das Französische. Englisch hat als *lingua franca* des globalen Verkehrs viele Vorteile. Doch für die Sicherung einer Sprachenbalance innerhalb des europäischen Mehrsprachenraums eignet sich die Mono-Anglisierung nicht." (Kugler 1999, S. 429-430) Dieser Gedanke wird dann in der zweiten Tutzinger These folgendermaßen weiter ausgeführt: "Es ist erforderlich, eine Struktur sprachlicher Verständigung auszuarbeiten, worin die Sprachenvielfalt als produktiver Faktor, nicht als Störfaktor wirken kann. Vorgeschlagen wird die Einrichtung einer langfristig arbeitenden europäischen Sprachenkonferenz, die aus Politikern sowie Sprach- und Literaturwissenschaftlern zusammengesetzt ist. Sie hätte einen Problemkatalog zu erstellen und Handlungsmodelle zu entwickeln, die sich in der Kulturpolitik der einzelnen Länder umsetzen lassen (Schul- und Hochschulunterricht, wissenschaftliche Kommunikation, Alltagskommunikation, Themenfelder der sog. sprachgebundenen Kulturleistungen und der sprachkulturellen Identität). Die Arbeitsgrundsätze wären in einer Sprachencharta festzulegen." (S. 431-432) Sosehr der Grundgedanke der Tutzinger Thesen ("Sprachenvielfalt als kultureller Reichtum") zu begrüßen ist, so stimmt es doch bedenklich, wenn bei der konkreten Nennung von Arbeitssprachen in These 8 nur die größten Sprachen der gegenwärtigen EU, nämlich Deutsch,

Französisch, Englisch, Italienisch und Spanisch, aufgeführt werden. Von Minderheitssprachen ist in den Tutzingen Thesen nirgends die Rede, und die geplante Osterweiterung der EU hat die Autoren anscheinend auch nicht beschäftigt, ganz zu schweigen davon, dass die zahlenmäßig größte europäische Sprachgemeinschaft, nämlich die russische, mit keinem Wort erwähnt wird. Hier ist Neldes Konzeption umfassender und weitsichtiger.

Wir haben im Vorhergehenden den Gang der Problemdiskussion seit Beginn der 90er Jahre bis zu dem Zeitpunkt verfolgt, an dem die Vorstände der beiden Vereine - Gesellschaft für Interlinguistik und Verein zur Förderung sprachwissenschaftlicher Studien - die Tagung "Sprachenpolitik in Europa" vorbereiteten. Die Vorträge dieser Tagung, die dann mit über 70 Teilnehmern am 13. November 1999 im Jagdschloss Glienicke in Berlin stattfand, ist in der vorliegenden Publikation mit den meisten ihrer Beiträge dokumentiert. Es wird dem Leser nicht schwer fallen zu erkennen, dass die Grundidee dieser Tagung das Bestreben war, die gesamteuropäische Sicht von Sprachenpolitik - und diese wieder im globalen Rahmen - stärker ins Bewusstsein zu heben, dabei aber auch die speziell Berliner Probleme zu diskutieren. Der letztgenannte Gesichtspunkt kommt in dieser Publikation leider zu kurz, weil der Vortrag von Barbara John, Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin, mit dem Titel "Die multilinguale Sprachsituation in Berlin und die Europaschulen" für die Veröffentlichung nicht zur Verfügung stand. Die Referentin war auf Grund ihrer reichen persönlichen Erfahrungen als Hochschullehrerin und verantwortliche Politikerin zunächst auf die Bemühungen eingegangen, den zahlreichen in Berlin lebenden Kindern ausländischer Eltern gute Deutschkenntnisse zu vermitteln, weil Deutsch als Zweitsprache eine Schlüsselqualifikation sei, die die ganze weitere berufliche Entwicklung der jungen Menschen bestimme. Im Grunde müsse die zweisprachige Erziehung im Kindergarten beginnen, um dann in der Schule fortgesetzt zu werden, was aber bisher aus verschiedenen Gründen - die Erzieherinnen brauchten eine fremdsprachendidaktische Ausbildung, auch die Eltern der Kinder müssten mitwirken - in der notwendigen Breite gescheitert sei.

Im zweiten Teil ihres Vortrages ging Barbara John auf die Staatliche Europa-Schule Berlin (SESB) ein, die seit dem Schuljahr 1993/94 auf Beschluss des Senats erweitert wurde und seitdem als Schulversuch läuft. Im Schuljahr 2000/2001 werden folgende Sprachkombinationen angeboten: Deutsch-Englisch, Deutsch-Französisch, Deutsch-Griechisch, Deutsch-Russisch, Deutsch-Spanisch (diese fünf Sprachkombinationen an jeweils zwei Schulen); Deutsch-Italienisch, Deutsch-Polnisch, Deutsch-Portugiesisch und Deutsch-Türkisch (diese vier an jeweils einer Schule). Die Schüler - teils

mit Deutsch als Muttersprache, teils mit der anderen Partnersprache - besuchen eine gemeinsame Vorklasse und werden dann von der 1. bis zur 6. Klassenstufe in den meisten Fächern (ausgenommen sind die sprachlichen Fächer) gemeinsam unterrichtet, wobei Deutsch und die Partnersprache 50% des Unterrichts einnehmen und jeweils von Lehrern unterrichtet werden, die Deutsch-Muttersprachler oder Muttersprachler in der Partnersprache sind. Nach Aussagen von Frau John ist die SESB ein Erfolg, der jedoch dadurch begrenzt ist, dass es sich bisher nur um einen Schulversuch handelt. Die Nachfrage von Eltern, die ihre Kinder in eine solche Schule geben möchten, sei viel größer als die bisherige Kapazität. Auch nach der 6. Klassenstufe müsste eine Fortführung des zweisprachigen Unterrichts in Gymnasien möglich sein. Der weiteren Einrichtung von Europaschulen stehe leider der hohe finanzielle Aufwand (kleine Klassen, mehr Lehrer als in normalen Schulen) entgegen. Insgesamt betrachtet Frau John die Sprachen der Zuwanderer als einen Schatz, der viel mehr gepflegt werden müsste. Die Integration könne auch dadurch gefördert werden, dass Mütter ausländischer Kinder an Deutschkursen teilnehmen, wie es teilweise in Berlin schon geschieht (1999 liefen 100 Kurse mit 1400 Teilnehmerinnen).

Die zahlreichen Diskussionen auf wissenschaftlichen Tagungen, Kolloquien und Symposien zum Thema "Sprachenpolitik in Europa" - natürlich gab es solche Diskussionen auch außerhalb des deutschen Sprachraums - haben mit dazu beigetragen, dass die Überwindung der zwischen den Völkern Europas bestehenden Sprachbarrieren für ein wesentliches Element zur geistigen Integration des Kontinents gehalten wird. Diese Tatsache wird durch den gemeinsamen Beschluss der Europäischen Union und des Europarates unterstrichen, das Jahr 2001 als "Europäisches Jahr der Sprachen" zu begehen. Als Hauptziele werden vonseiten der EU genannt:

Erstens: die Vertiefung des Bewusstseins für die Bedeutung der sprachlichen Vielfalt in der Europäischen Union und die damit verbundenen kulturellen Werte;

Zweitens: Förderung der Mehrsprachigkeit;

Drittens: Förderung des Fremdsprachenlernens in der breiten Öffentlichkeit als wesentliches Element bei der persönlichen und beruflichen Entwicklung, beim Verständnis für andere Kulturen, bei der umfassenden Wahrnehmung der mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte sowie bei der wirtschaftlichen Entwicklung;

Viertens: Förderung des lebenslangen Sprachenlernens unabhängig vom Alter oder von den Lebensumständen;

Fünftens: Sammlung und Verbreitung von Informationen über den Fremdsprachenunterricht und das Fremdsprachenlernen, über die Qualifikationen, Methoden und beim Unterricht eingesetzten Instrumente. (vgl. die Sprachenseite der EU-Generaldirektion Bildung und Kultur im Internet: <http://europa.eu.int/comm/education/languages/actions/commactions.html>)

Um den Gedanken des Europäischen Jahres der Sprachen in der deutschen Öffentlichkeit zu propagieren, lud der Deutsche Philologenverband zum Kongress "Sprachen und Kulturen. Wege zur europäischen Identität" nach Berlin ein, der am 15. und 16. März 2001 an der Humboldt-Universität stattfand. Beteiligt waren außerdem der Bundesverband der Lehrkräfte und Freunde der russischen Sprache, der Deutsche Altphilologenverband, der Deutsche Germanistenverband, der Deutsche Romanistenverband und der Fachverband Moderne Fremdsprachen. In der Ankündigung zum Kongress heißt es: "Namhafte Repräsentanten aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft werden unter verschiedenen Blickwinkeln Bedeutung und Funktion der Sprachen sowie des Spracherwerbs beleuchten. Die Botschaft des Kongresses wird deshalb nicht nur pädagogisch-didaktisch, sondern insbesondere auch sprachpolitisch von Relevanz sein." (Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 47.Jg., H. 4/2000, S. 488)

Es bleibt zu hoffen, dass die in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts geführten Diskussionen zur europäischen Sprachenpolitik und die daraus entwickelten Konzeptionen zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit tiefe Wurzeln schlagen und schließlich im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens und -wirkens der Völker reiche Früchte tragen.